Nummer 7 / 50. Jahrgang

Berlin, den 17. Februar 1923

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Zeitungspreis für Abonnenten beträgt für In- und Ausland pro Vierteljahr 120,— Mark. Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg, Rosinenstr. 4.

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an

„Die Ameise" erscheint jeden Samstag.

Inserate: Die 3spaltige Petitzeile für Geschäftsleute 30,— Mark, im Arbeitsmarkt 20,— Mark. Für arbeitsuchende Mitglieder ist der Arbeitsmarkt nach wie vor frei.

Betriebsräte- und Arbeiterrätewahlen.

Der Artikel 165 der Reichsverfassung besagt:

„Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwickelung der produktiven Kräfte mitzuwirken. Die beiderseitigen Organisationen und ihre Vereinbarungen werden anerkannt.

Die Arbeiter und Angestellten erhalten zur Wahrnehmung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen gesetzliche Vertretungen in Betriebsarbeiterräten, sowie in nach Wirtschaftsgebieten gegliederten Bezirksarbeiterräten und einen Reichsarbeiterrat.

Die Bezirksarbeiterräte und der Reichsarbeiterrat treten zur Erfüllung der samten wirtschaftlichen Aufgaben und zur Mitwirkung bei der Ausführung der Sozialisierungsgesetze mit den Vertretungen der Unternehmer und sonst beteiligter Volkskreise zu Bezirkswirtschaftsräten und zu einem Reichswirtschaftsrat zusammen. Die Bezirkswirtschaftsräte und der Reichswirtschaftsrat sind so zu gestalten, daß alle wichtigen Berufsgruppen entsprechend ihrer wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung darin vertreten sind.

Sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetzentwürfe von grundlegender Bedeutung sollen von der Reichsregierung vor ihrer Einbringung dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorgelegt werden. Der Reichswirtschaftsrat hat das Recht, selbst solche Gesetzesvorlagen zu beantragen. Nimmt ihnen die Reichsregierung nicht zu, so hat sie trotzdem die Vorlage unter Darlegung ihres Standpunktes beim Reichstag einzubringen. Der Reichswirtschaftsrat kann die Vorlage durch eines seiner Mitglieder vor dem Reichstag vertreten lassen.

Den Arbeits- und Wirtschaftsräten können auf den ihnen überwiesenen Gebieten Kontroll- und Verwaltungsbefugnisse übertragen werden.

Aufbau und Aufgabe der Arbeiter- und Wirtschaftsräte sowie ihr Verhältnis zu anderen sozialen Selbstverwaltungskörpern zu regeln, ist ausschließlich Sache des Reiches."

Aus dem Wortlaut geht hervor, daß den Arbeitenden solchen in der deutschen Reichsverfassung festgelegte Rechte zur Seite stehen. Gesetzliche Rechte nützen jedoch nichts, wenn sie als tote Buchstaben das Papier schmücken; gehört dazu, daß sie den Gegebenen zugute kommen und in Anwendung gebracht werden. Die Gesetze müssen auch praktische Verwendung finden. Das hängt sehr viel von ab, ob die Arbeitermassen als geschlossener Rückhalt von der Gegenseite strittig gemachte Recht verlangen. Es wird aus der Rechtsfrage teilweise auch eine Machtfrage.

Aus der letzten Nummer der „Ameise" war ersichtlich, daß die Wahlen zu den im Artikel 165 genannten Betriebsarbeiterräten gemeinsam an einem bestimmten Zeitpunkt stattfinden sollen. Damit ist auch gleichzeitig für unsere Verbandsmitglieder die Parole ausgegeben, sich für die Wahlen vorzubereiten und ihnen regen Anteil entgegenzubringen. Es darf den freiorganisierten Arbeitern und Arbeiterinnen nicht gleichgültig sein, wer nach dem bis jetzt noch unvollständigen Betriebsrätegesetz ihre Interessen für das Jahr wahrzunehmen hat. Auf die Auswahl geschulter, kräftiger, gewandter und sachkundiger Kräfte ist Gewicht zu legen. Freilich wird es nicht immer leicht sein, die Besten zu finden, weil so manche Betriebsräte trotz aller Fähigkeiten und guten Absichten nicht mehr wollen, ja, man kann sagen, nicht mehr können. Es wäre gut, wenn darüber einmal ein Betriebsrat aus seiner eigenen Erfahrung zu der Kollegenschaft sprechen würde. Betriebsräte, wie der Vorsitzende in F., der durch sein Verhalten die Klage einiger Dreher zu Ungunsten beeinträchtigte und sich noch dessen rühmte, gehören nicht am richtigen Platz. Auch das ist falsch, wenn der Betriebsrat, wie in F., gegen den Mehrheitswillen der Belegschaft dafür eintritt, daß nach dem Wunsch des Unternehmers die Allgemeinverbindlichkeit unseres Tarifs vom Reichsarbeitsministerium nicht ausgesprochen wird, wodurch die Kollegen den Schaden haben.

So schwer es auch ist, muß alles versucht werden, wenigstens die gewährleisteten Rechte des Betriebsrätegesetzes voll und ganz wahrzunehmen. Das wird nicht immer getan. Es kommt tatsächlich noch vor, daß sich Unternehmer mehr um die Wahl eines Betriebsrates kümmern als die dort Beteiligten, daß die Arbeitgeber sogar selbst die für sie passenden Kandidaten präsentieren. Diese Gelegenheiten werden verständlich von Unternehmern wahrgenommen und entsprechend genützt. Sie suchen sich ihre Leute heraus und reden mit diesen die Sache, ohne daß die Beteiligten wissen, wie gefährlich ihr Verhalten die gesamte Arbeiterbewegung schadet. In solchen Betrieben hat die Belegschaft nicht die elementarsten Rechte. Sie hat sich dem Fabrikanten als Leibeigene untergeordnet.

Vom Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen oder Entlassungen ist in jenen Betrieben keine Spur vorhanden. Es sind keine Richtlinien dazu ausgearbeitet. Freilich ist das auch ein zweischneidiges Schwert; denn bei getroffenen Richtlinien wird auch die Verantwortung mit übernommen, durch die der Betriebsrat stark gebunden ist.

Einen schweren Standpunkt haben Betriebsräte in Betrieben, in denen die Unternehmer die völlige Herrschaft ausüben. Sie wollen den gewählten Arbeitervertretern alle Rechte kürzen, machen Schwierigkeiten beim Prüfen der Lohnbücher, der Tarifbestimmungen, der hygienischen Einrichtungen, geben keine Entschädigung für daraus entstehenden Lohnausfall, stellen keinen Raum bereit und bringen es schließlich soweit, daß auch die Kollegen und Kolleginnen die Absetzung des Betriebsrates wünschen, weil er angeblich nichts tut. So wird vielfach absichtlich von der Gegenseite gearbeitet. Die Belegschaften müssen dagegen alles tun, geschlossen ein derartiges Treiben zu unterbinden.

Wenn nicht von allen Arbeitern und Arbeiterinnen die jetzigen mangelhaften Rechte voll ausgenützt werden, wird es uns insgesamt als „Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund" auch nicht gelingen, eine Revision des Betriebsrätegesetzes im Sinne der Beseitigung seiner zahlreichen Unklarheiten und Verwandlung der Scheinrechte zu wirklichen Rechten der Mitbestimmung und wirksame Kontrolle herbeizuführen.

Wir erhoffen von der Arbeiterschaft der feinkeramischen Industrie, daß sie alles daransetzt, ihren im Betriebsrätegesetz festgelegten Rechten und Pflichten, selbst wenn sie manchen nicht behagen und unvollkommen erscheinen, voll nachzukommen. Die Zahlstellenverwaltungen tun gut, die Mitglieder in den kommenden Wochen von allen Notwendigkeiten zu unterrichten und für die Durchführung der freigewerkschaftlichen Vorschläge zu wirken.

Rüstet geschlossen für die Betriebsrätewahl und geht nur mit freigewerkschaftlichen Angestellten zusammen.

Es gibt keine Arbeit, die den Menschen schändet; aber wohl gibt es Menschen, die die Arbeit schänden. So gewiß aber, wie es Menschen waren, die die Arbeit erniedrigt haben, daß sie zu einer Qual, zu einem Fluch geworden ist, so gewiß werden es auch Menschen sein, die die Arbeit wieder empor heben werden aus ihrer verachteten Stellung auf den Thron, den sie als Beherrscherin alles gesellschaftlichen Lebens verdient.

Der Franzoseneinfall und seine Folgen.

Der widerrechtlichen Besetzung des Ruhrgebietes ist die widerrechtliche Besetzung mehrerer Ortschaften in Baden gefolgt. Für die wirtschaftliche Lage ist die Okkupation dieser Städte von geringerem Belang, vorausgesetzt, daß nicht auch sie den Ausgangspunkt für weitere Gewaltmaßnahmen im südwestdeutschen Industriegebiet darstellt. In den jetzt besetzten Gegenden der badischen Grenzmark liegen keine riesigen Produktionsgebiete, die, dem wirtschaftlichen Kraftzentrum in Westfalen ähnlich, die Annexionsgelüste fremder Staaten reizen könnten. Aber die wenigen und selten genannten Orte sind **Verkehrsknotenpunkte** an Bahnstrecken, die nach der Schweiz führen und die deshalb für den Eisenbahngüterverkehr nach der Schweiz und nach Italien Bedeutung haben. Sie ermöglichen die Kontrolle dieses Bahnverkehrs. Weil man diese herbeiführen wollte, liegt der Eisenbahnverkehr vor den französischen Bajonetten still. Aber die Besetzung der badischen Städte ist auch ein Symptom. Deutschland liegt schutzlos und ohne Grenzen, wehrlos gegen Machtpläne, wie sie die Denkschrift eines Daniac mit brutaler Eindringlichkeit schildert. Und das im vierten Jahre nach der Unterzeichnung eines Diktats, das sich Friedensvertrag nennt. Keine fremde Hand rührt sich, diesem gewaltsamen Vorgehen ein Ziel zu setzen. Noch verschließen sich die imperialistischen Regierungen den Mahnungen der internationalen Arbeiterschaft, die unter den wirtschaftlichen Störungen der Gewaltexperimente am schwersten zu leiden hat. Die Konferenz von Lausanne, wo der weltpolitische Streit um die mesopotamischen Oelfelder ausgefochten wurde, ist aufgeflogen. In schärfstem Gegensatz stehen hier französische und englische Interessen. Aber bis heute sind Essen, Bochum, Dortmund und das ganze Ruhrgebiet noch lange kein Mossul, und die deutsche Wirtschaft ist kein unverschlossener Orient, um den sich eine erbitterte Auseinandersetzung lohnte. Die internationale diplomatische Lage eröffnet keinen günstigen Augenblick für die Wiederherstellung gesetzmäßiger Zustände auf dem Kontinent nach internationalem Völkerrecht, ohne die ein Gedeihen der deutschen Volkswirtschaft undenkbar ist. Nach wie vor besteht die Befürchtung, daß der Kampf um das Ruhrgebiet langwierig sein wird und mit aller Zähigkeit und mit den größten deutschen Opfern ausgefochten werden muß.

Der völkerrechtliche Schutz gegen willkürliche Eingriffe in die finanzielle und wirtschaftliche Gestaltung Deutschlands ist es, um dessen Willen der Kampf ausgefochten werden muß. Es ist ein Kampf der Waffenlosen und Friedliebenden gegen die militärische Gewalt, die sich lächerlich zu machen droht.

Ueberblickt man die ersten Phasen der Ruhrbesetzung, so ergibt sich die folgende Lage: die Franzosen kamen, angeblich um Kohle, Holz und Pfänder für Geldeinnahmen zu holen. Kohlen bekamen sie bisher nicht, Geld auch nicht. Sie sperrten durch ihre Eingriffe erst sich selbst, dann mit der Kohlengrenze dem übrigen Deutschland den Bezug der für beide Teile unentbehrlichen Ruhrkohlen ab. Ein arbeitsames Volk von mehreren Millionen Menschen wird zur Abwehr der Sklavenarbeit, also zu unproduktiver Tätigkeit oder zum Feiern gezwungen. Der Ausfall der Kohlenlieferungen macht sich innerhalb Deutschlands, wo Industrie und Bahnen zu einem wesentlichen Teile mit Hilfe von Auslandszufuhren sich fürsorglich mit Kohle eingedeckt haben, noch wenig bemerkbar. Es kommt Deutschland zugute, daß der wesentliche Teil des Winters vorüber ist, und daß wir uns jetzt in einer Jahreszeit befinden, wo der Hausbrand bereits einen geringeren Kohlenbedarf hat, wo aber auch die Industrie teils infolge des Saisonwechsels, teils infolge anderer Umstände eine geringere Beschäftigung aufweist, so daß auf vielen Gebieten der Kohlenbedarf längst nicht derart dringend auftritt, wie etwa in Zeiten der Hochkonjunktur. Demnach besteht keine unmittelbare Gefahr für die Kohlenversorgung, wenn freilich auch mit den heimischen Vorräten wie mit den Zufuhren äußerst sparsam umgegangen werden muß. Die Zufuhr von Auslandskohle ist von vornherein durch die Tatsache beschränkt, daß englische Kohle nach der enormen Valutaverschlechterung immer noch etwa doppelt so teuer ist als deutsche Kohle. Um die deutsche Volkswirtschaft noch schwerer zu treffen und damit die Arbeiter nicht weniger als die Industriellen zu Zugeständnissen bereit zu machen, haben es die Franzosen darauf abgesehen, auch die übrige Warenzufuhr nach Deutschland durch eine Zollgrenze oder durch eine Warensperre zu verhindern, zum mindesten zu erschweren. Auch davon ist, wenn auch zeitweilig mit Mangel an Rohstoffen und Halbfabrikaten gerechnet werden könnte, ein größerer Erfolg nicht zu erwarten. Denn so sehr auf der einen Seite das Ruhrgebiet Lieferant Deutschlands ist, so sehr ist es auch Verbraucher größten Stils, sowohl für die eigene Produktion wie für die Produkte anderer Landesteile. Eine Lösung, die die volle Entfaltung des Ruhrgebietes als Wirtschaftsfaktor ermöglicht, wird auf die Dauer nur durch Verhandlungen erzielt werden können, zu denen sich Frankreich früher oder später bereit finden muß. Voraussetzung dafür aber ist — das kann nicht oft und nachdrücklich genug betont werden — daß man die Widerstandskraft des deutschen Volkes durch geeignete wirtschaftspolitische Maßnahmen aufrecht erhält, bis die günstigere Lage zu Verhandlungen erzielt ist.

Diese Forderung wird durch die neuesten Ereignisse doppelt dringlich. Die Meßziffern der **Lebenshaltungskosten**, wie sie vom Statistischen Reichsamt ermittelt werden und die hinter der tatsächlichen Teuerung um ein Beträchtliches nachhinken, haben im Januar den Durchschnittsstand von 1100 überschritten und sich in einem einzigen Monat um 63,5 v. H. erhöht. Dabei ist außerordentlich wichtig, daß die Ernährungskosten viel stärker als die Kosten anderer Waren, wie der Bekleidung, sich erhöht haben. Zwischen den Preisen des Kleinhandels aber und den bereits im Großhandel gezahlten besteht — wie immer in Zeiten katastrophaler Geldentwertung — eine gewaltige Kluft. Das geht besonders aus den Preisberechnungen der **„Frankfurter Zeitung"** hervor, die an bestimmten Stichtagen ermittelt sind und daher die Teuerung im Großhandel klarer spiegeln als diejenigen Ermittelungen, welche über mehrere Tage oder Wochen hinweg Durchschnitte aufstellen. Derartige Durchschnittsrechnungen werden, wenn die Mark stark fällt, immer wesentlich hinter dem am Wochen- bezw. Monatsende erzielten Preise zurückbleiben. Die Berechnungen der „Frankfurter Zeitung" ergeben nun für 98 Großhandelswaren einen durchschnittlichen Preisstand, der Anfang Februar das 7159fache des Vorkriegsstandes betrug. Seit Anfang Januar haben sich diese Preise auf das 3½fache erhöht. Die phantastischen Formen, die die Preisrevolution in den letzten Wochen angenommen hat, können durch nichts besser gekennzeichnet werden, als durch diese Zahlen. Dabei ist noch zu bedenken, daß die Teuerung auf den verschiedenen Gebieten außerordentlich verschieden stark zur Auswirkung gelangt ist. So haben sich die Waren der Gruppe Textilien, Leder usw., die sich fast automatisch dem über dem Goldpreis des Friedens liegenden Weltmarktpreise anpassen, bereits auf das 14 137fache erhöht und damit gegen Anfang mehr als vervierfacht. Ebenso sind die Preise für Mineralien stärker als die übrigen Waren gestiegen und dem Dollar nahezu gefolgt. Hingegen bleiben Lebens- und

Genußmittel mit dem 5550fachen und industrielle Endprodukte (Fertigwaren) mit dem 4766fachen Vorkriegsstand noch weit hinter der Geldentwertung im Ausland zurück, die den Dollarstand auf das 9524fache hinaufgetrieben hatte. Aus allen diesen Angaben erhellt, daß die Warenpreise im Kleinhandel längst nicht so stark gestiegen sind, wie es nach den Großhandelspreisen zu erwarten wäre. Gleichwohl ermittelte die „Frankfurter Zeitung" für 10 Lebensmittel am Anfang Februar bereits den 2855fachen Vorkriegsstand. Dieses Niveau liegt bedeutend höher als die vom Reichsstatistischen Amt für den Monat Januar im Durchschnitt errechneten Kosten der Nahrungsmittel, jedoch in weitem Abstand von den entsprechenden Großhandelspreisen.

Es muß Aufgabe der Reichsregierung und ihrer Hilfsorgane sein, die Wirkungen der Teuerung auf die breiten Massen abzuschwächen. Statt dessen arbeitet die Notenpresse in beschleunigtem Tempo und ein Banknotenumlauf von zwei Billionen ist nahezu erreicht. Sowohl auf dem Gebiete des Steuerwesens wie bei den Maßnahmen, die zur Beherrschung des Devisenmarktes und der Preisbewegung erforderlich sind, vermißt man diejenige Energie, die dem Ernst der Lage entsprechen würde. Zur Bekämpfung der Devisenspekulation ist überhaupt noch nichts geschehen, an die Erfassung der aus der ungeheuerlichen Selbststeigerung der Aktien erwachsenden Gewinne der Sachwertbesitzer scheint niemand zu denken. Wir können nur mahnen, ehe es zu spät ist.

Wie teuer das Leben ist.

Infolge der ungeheuren Preissteigerung im Laufe der letzten Januar-Berichtswoche waren die Kosten des Existenzminimums in der zweiten Januarhälfte besonders hoch: sie waren fast 1½mal so hoch wie in der ersten Januarhälfte, fast 1¾mal so hoch wie in der zweiten Dezemberhälfte, reichlich doppelt so hoch wie in der zweiten Novemberhälfte und etwa 5mal so hoch wie in der zweiten Oktoberhälfte.

Kartoffeln kosteten 700mal soviel wie vor neun Jahren, rationiertes Brot, Zucker und Milch 1200mal soviel, Büchsenfleisch 1400mal soviel, Gas 1600mal soviel, Haferflocken 1800mal soviel, Graupen und Bohnen 2000mal soviel, Roggenmehl und Briketts 2300mal soviel, Reis und Margarine 2400mal soviel, Brot im freien Handel 2900mal soviel, Speck 4100mal soviel.

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich:

	Mann Mk.	Ehepaar Mk.	Ehepaar mit 2 Kindern Mk.
Ernährung	7505	12540	16658
Wohnung	300	300	300
Heizung und Beleuchtung	3839	3839	3839
Bekleidung	5533	9222	12911
Sonstiges	5153	7770	10113
2. Januarhälfte 1923	22330	33671	43821
1. Januarhälfte 1923	15540	23096	30383
2. Dezemberhälfte 1922	12885	19381	25579
1. Dezemberhälfte 1922	12093	18411	24395
2. Novemberhälfte 1922	9490	14622	19303
1. Novemberhälfte 1922	6434	10060	13238
2. Oktoberhälfte 1922	4369	6754	8871
1. Oktoberhälfte 1922	2998	4631	6136

Auf das Jahr umgerechnet, beträgt das Existenzminimum für einen alleinstehenden Mann 1 164 900 Mk., für ein kinderloses Ehepaar 1 756 500 Mk. für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6 bis 10 Jahren 2 286 000 Mk.

Vom letzten Vorkriegsjahr bis zur zweiten Januarhälfte 1923 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinstehenden Mann auf das 1333,2fache, für ein kinderloses Ehepaar auf das 1509,9fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern auf das 1521,8fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, war die Mark in der zweiten Januarhälfte etwa ⅓ Pf. wert. Dr. Kuczynski.

Weitere Erhöhung der Zulagen für Rentenempfänger.

Von H. Feldmann, Neuhaldensleben.

Die Geldentwertung hat es notwendig gemacht, die Zulagen zu den Unfallrenten abermals zu erhöhen. Nach der Verordnung der Reichsregierung sollen die Zulagen für die Zeit nach dem 30. November 1922, also erstmalig die Rente für den Monat Dezember 1922, gegenüber der letzten Regelung vom 4. Oktober 1922 (Reichsgesetzblatt 1, Seite 760) vervierfacht werden. Demnach sind an Rente und Zulagen für den Monat Dezember 1922 der vierfache Betrag vom Monat Oktober oder November zu zahlen. Die Unfallrente wird bekanntlich nach dem Jahresarbeitsverdienst, §§ 563 und 936 der Reichsversicherungsordnung, berechnet.

Nach der Verordnung der Reichsregierung soll als Jahresarbeitsverdienst für einen landwirtschaftlichen Arbeiter der Betrag von 54 000 Mk., für eine landwirtschaftliche Arbeiterin der Betrag von 28 000 Mk., und für gewerbliche Arbeiter und Arbeiterinnen der Betrag von 90 000 Mk. angenommen und für die Rentenberechnung zugrunde gelegt werden, sofern die Erwerbsunfähigkeit unter 50 Proz. beträgt.

Für Unfallrentenempfänger, welche 50 Proz. und mehr erwerbsbeschränkt sind, soll ein Jahresarbeitsverdienst (§§ 563 und 936 der RVO.) für einen landw. Arbeiter mit 120 000 Mk., für eine landw. Arbeiterin mit 72 000 Mk., und für gewerbliche Arbeiter und Arbeiterinnen mit 192 000 Mk. angenommen werden.

Für einen gewerblichen Arbeiter oder eine Arbeiterin, welche zum Beispiel 40 v. H. erwerbsbeschränkt ist, ergibt sich folgende Rente:

Jahresarbeitsverdienst 90 000 Mk., hiervon bilden zwei Drittel die Vollrente, demnach 60 000 Mk. Der 40 v. H. Erwerbsbeschränkte erhält also 40 v. H. der Vollrente (60 000 Mk.), das ist 24 000 Mk. im Jahr oder 2000 Mk. im Monat gegen früher 6000 Mk. im Jahr oder 500 Mk. im Monat.

Für einen mehr als 50 Proz., etwa 80 Proz. erwerbsbeschränkten Unfallrentner würde die Rentenberechnung folgendes sein:

Jahresarbeitsverdienst (§ 563 nach der neuen Verordnung) 192 000 Mk., hiervon zwei Drittel als Vollrente, gleich 128 000 Mark. Der 80 Proz. Erwerbsbeschränkte erhält also 80 Proz. von 128 000 Mk. oder 102 400 Mk. Rente im Jahr, gleich 8533,35 Mk. im Monat.

Diese neuen Erhöhungen müssen, darauf sei nochmals hingewiesen, bereits für Monat Dezember 1922 gezahlt werden; es muß für Monat Dezember also eine Nachzahlung erfolgt sein oder noch erfolgen, da die Verordnung erst am 23. Dezember 1922 veröffentlicht ist.

Wenn man die im Januar 1923, ganz besonders nach der Besetzung des Ruhrgebiets, eingetretene Teuerung in Betracht zieht, dann muß die dringende Notwendigkeit anerkannt werden, schon für den Monat Januar eine weitere Erhöhung stattfinden zu lassen.

An die Gewerkschaftsmitglieder!

Der Einmarsch der französisch-belgischen Truppen in das Ruhrgebiet wurde von der ganzen deutschen Bevölkerung mit Entrüstung aufgenommen. Keinerlei Meinungsstreit besteht, daß dieser ungeheuerliche Angriff auf die Existenz der deutschen Wirtschaft, mit der das Wohl und Wehe der Arbeiterschaft unlösbar verbunden ist, nicht widerstandslos hingenommen werden kann. In heroischer Weise kämpft die ganze Bevölkerung des besetzten Gebietes mit der einzig möglichen Waffe des passiven Widerstandes und der Arbeitsverweigerung gegen die brutale Gewalt des bis an die Zähne bewaffneten Militärs an. Dieser Kampf hat bereits erhebliche Opfer gefordert und wird in den nächsten Wochen und Monaten in seiner Auswirkung auf das ganze deutsche Reichsgebiet Anforderungen in ungeheurem Ausmaß stellen.

Aufgabe der Volksgesamtheit ist es, die Durchführung dieses Abwehrkampfes zu ermöglichen, den Opfern hilfreich beizustehen und dafür zu sorgen, daß die erwachsende Notlage mit allen Kräften eingedämmt wird.

Die Arbeiterschaft darf und wird nicht abseits stehen. In dieser Voraussetzung hat der Bundesausschuß am 24. Januar den Beschluß gefaßt, alle vollbeschäftigten Arbeiter zur Hergabe eines Stundenverdienstes aufzurufen und — nachdem feststand, daß die gesamten Unternehmer in Industrie, Handel und Landwirtschaft den vierfachen Betrag der von der Arbeiterschaft aufgebrachten Summe kosten wollen — auch der Bildung eines gemeinsamen Unterstützungsfonds zugestimmt.

Dieser Beschluß sichert uns nicht nur die Kontrolle über die gesamten eingehenden Gelder, sondern auch die volle Mitwirkung bei der Verwendung des Fonds. Er enthebt uns auch der Mühe, einen besonderen Apparat zur Einziehung und Verwaltung der Beträge anzuziehen. Wer für die Hilfeleistung selbst ist, muß folgerichtig auch für ihre weiteste Ausdehnung und Beschleunigung sein. Wir ersuchen die Gewerkschaftsmitglieder deshalb, alle Kräfte anzuspannen, im Sinne des bereits veröffentlichten Aufrufs für die Durchführung des Hilfswerks in allen Betrieben zu sorgen.

Berlin, den 8. Februar 1923.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.
Th. Leipart.

Mitglieder! Wahret Eure Rechte! Zahlt Eure Beiträge in Höhe eines Stundenlohnes! In der Woche vom 18. bis 24. Februar ist der 8. Beitrag fällig.

Der Ruf nach Amerika.

Am 1. Februar traten Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Deutschen Gewerkschaftsbundes (Christliche Gewerkschaften), des Gewerkschaftsringes (Hirsch-Duncker) und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes zu einer Sitzung zusammen, um zu der augenblicklichen Lage und den für die nächste Zukunft drohenden Gefahren Stellung zu nehmen. Sie beschlossen, folgende Kundgebung ergehen zu lassen:

An den
Senat der Vereinigten Staaten und Repräsentanten-Haus
Washington.

Die unterzeichneten Gewerkschaftsverbände, die 12 Millionen Mitglieder vertreten, mit ihren Angehörigen also mehr als die Hälfte der gesamten deutschen Bevölkerung darstellen, erklären erneut, daß sie, gestützt auf Amerikas positives Versprechen, völlige Gerechtigkeit walten zu lassen, Deutschland von der Autokratie zur Demokratie führten, sich dem Gebot völliger Entwaffnung fügten und dem Verlangen, für Frieden und internationale Versöhnung zu wirken, rückhaltlos Ausdruck gaben.

Der Deutsche liebt die friedliche Arbeit, aber er widersetzt sich ebenso sehr der Absicht, ihn für unbegrenzte Zeiten zum Sklaven zu machen, oder gar die kommenden Geschlechter seines Volkes einem System wirtschaftlicher Knechtschaft auszuliefern. Die Besetzung des Ruhrbezirks und der Versailler Vertrag bedingen jedoch solche Sklaverei, zerstören die deutsche und die europäische Wirtschaft und bedrohen zunächst Millionen Deutsche mit Arbeitslosigkeit.

Eine unparteiische, doch genügend bevollmächtigte Untersuchungskommission wird dies feststellen können, außerdem aber noch, daß jetzt mitten im Frieden Männer und Frauen, alte und junge, verhaftet und aus ihrer Heimat ausgewiesen werden, nur weil sie sich weigern, zu Verrätern an ihrem Vaterland zu werden. Wir sind bereits zu einem Volk herabgedrückt worden, das chronisch hungert, dessen Säuglinge in Papier statt in Leinenwindeln gewickelt werden, dessen Frauen und Kinder körperlich verelenden und verkommen.

Dieser Appell soll kein Versuch sein, Amerika zu bewegen, eine bestimmte Haltung zugunsten der einen oder der anderen der sich gegenüberstehenden Parteien einzunehmen; es ist ein Appell an das traditionelle amerikanische Ehrgefühl und an seinen Sinn für „fair play" (anständiges Spiel). Amerika, wir sind fest überzeugt, trat nicht in den Krieg um das deutsche Volk zu vernichten. Der amerikanische Ehrenstandpunkt, wenn er auch jetzt fest behauptet wird, kann Europa und die Welt retten von sonst unvermeidlichem Unglück. (Unterschriften.)

Kulturvernichtende Schwarzarbeit.

Die Berufsmusiker befinden sich in großer Not, weil ihnen ihr Arbeitsgebiet von tausenden, ja hunderttausenden Unberufenen streitig gemacht wird. Sie sind deshalb gezwungen, einen Hilferuf an die höheren Instanzen zu richten, in dem alle Unterlagen in Denkschriftform niedergelegt sind. Die Berufsmusiker versprechen sich von der Einwirkung der Gewerkschaftsinstanzen, der Betriebsräte, der örtlichen gewerkschaftlichen und politischen Organisationen sehr viel, wenn es mit dem nötigen Nachdruck geschieht. Als geeignete Maßnahmen bringen sie in Vorschlag: a) [illegible] möglichst jeder entgeltlichen nebenberuflichen Musiktätigkeit zu enthalten; b) sich gemäß § 9 der Bundessatzung dem Deutschen Musiker-Verband, der freigewerkschaftlichen Berufsorganisation der Musiker, anzuschließen und dessen Tarife und Beschlüsse zu beachten, sofern durch irgendwelche besonderen Umstände die nebenberufliche entgeltliche Musiktätigkeit nicht zu verhindern ist; c) jeden Gewerkschaftsgenossen, der dem Geforderten zuwiderhandelt, als einen Gegner der Gewerkschaftsbewegung und als Unsoliden zu behandeln und zu betrachten. Einwirkung durch die Betriebsräte, daß sie jede Mißachtung des Achtstundentages, verübt durch doppelberufliche Tätigkeit in anderen Betrieben und Berufen, wenn nötig, mit den schärfsten Maßnahmen zu verhindern suchen; bei Einstellung von Arbeitskräften im Betriebe seien die Neueintretenden sofort auf die aufgestellten Bedingungen hinzuweisen. Bei Veranstaltungen der Parteien und Gewerkschaften nur im Deutschen Musiker-Verband organisierte Musiker zu tarifmäßigen Bedingungen zu beschäftigen, bezw. mit der örtlichen Vertretung der organisierten Musiker Vereinbarungen über Musikgestellung zu treffen. Auch die Einwirkung auf die Gesetzgebung wird gefordert, da viele Beamte nebenberuflich die Tätigkeit der Musiker ausüben.

Es wäre zu wünschen, daß die Gewerkschaftler den Musikern ihren Schutz angedeihen ließen.

Unwürdige Zustände in einzelnen Betrieben.

Prügelnder Betriebsleiter.

Vor dem Kriege herrschten in so manchen Betrieben der feinkeramischen Industrie Zustände, die aller Beschreibung spotteten. Der frische Hauch der Revolution hat jedoch manches Alte hinweg gefegt und den Arbeitern größere Geltung verschafft. Die Macht der Porzellandespoten wurde gebrochen. Sie können nicht mehr willkürlich ihre Alleinherrschaft ausüben, wie sie es sonst unumschränkt taten, und ganzen Dörfern ihren Willen aufzwingen. Die Zeiten sind ein für allemal vorbei. Man kann nicht sagen, daß die Produktion darunter gelitten hätte. Eher läßt sich das Gegenteil feststellen. Nur noch einzelne Unternehmer, und vor allem deren Angestellte sind von einem Wahn befallen, ihre Herrschsucht fühlen zu lassen und ihre „Bildung" zu zeigen. Gewöhnlich geschieht dies in den Betrieben, wo die Organisation nicht einheitlich ist und schließlich nur einen Teil der Belegschaft erfaßt. Dort können die lautere Elemente ihr Unwesen treiben.

Wie schlimm es zugehen kann, war aus den letzten Nummern der „Ameise" zum Teil ersichtlich. Aber ein aus Volkstrauß von der Firma Johann Seltmann gemeldeter Fall geht weit über das gewöhnliche Maß hinaus. Dort wurde ein 25 Jahre altes Mädchen im Brennhaus vom Oberbrenner nach Kapseln geschickt. Als sie an den Platz kam, wo die Kapseln standen, sandte sie der Betriebsleiter **Karl Ebert** an eine andere Stelle. Die Arbeiterin machte davon dem Oberbrenner Mitteilung und erhielt von diesem wieder den Auftrag, die Kapseln zu holen. Als der Betriebsleiter sah, daß die Zurückgeschickte wieder kam und den Auftrag des Oberbrenners ausführen wollte, packte er sie an und schüttelte sie so stark, daß die Bluse in Fetzen vom Leibe hing. Das ist schon der vierte derartige Fall, sagt der Berichterstatter dazu. (Warum werden die anderen nicht berichtet? D. R.) Einen unorganisierten verheirateten Brenner schlug kürzlich der Ebert, dem die Firma den Titel Betriebsleiter gab, blutig. Glühbodenarbeiter, die einen Ofen bei ungenügender Abkühlung nicht leeren konnten, erwiderte der Genannte auf ihre Beschwerde, „sie sollten nur zupacken, es sei **noch keiner verreckt**". Dem erstgenannten Mädchen erwiderte er auf einen berechtigten Vorhalt: „Stände nur ein Trumm Schw . . . . oben, der würde gewiß nicht wackeln." Dieser Fall wurde von 2 Zeugen vor der Direktion bestätigt, ohne daß etwas geschah. Als der Betriebsrat den Fall untersuchen wollte, wurde er vom Betriebsleiter an seinen Arbeitsplatz verwiesen. Dabei hieß es auch: „Bis jetzt befehlen immer noch die Beamten und nicht der Betriebsrat".

Eine zahlreich besuchte Betriebsversammlung nahm zu den unerhörten Vorkommnissen Stellung und beschloß, den Mann nicht mehr als Betriebsleiter anzuerkennen. Der Beschluß wurde der Direktion vorgelegt. Die Beamten erhoben dagegen Protest. Soweit der Bericht.

Man sollte es kaum für möglich halten, daß die Beamten den so vorgehenden Betriebsleiter decken mögen. Die Unterwürfigkeit scheint dort die schönsten Blüten zu treiben. Dennoch aber die „Vorgesetzten" mit sich und ihrer Stellung als „Beamte" ausmachen. Den Arbeitern und Arbeiterinnen geben wir den Rat, den Betriebsleiter nicht mehr anzuerkennen und zu respektieren. Er hat sich so benommen, daß er nicht mehr als Betriebsbeamter angesehen werden kann und soll für sein Benehmen auch die Folgen tragen. So vorgehende Leute müssen mit allen Mitteln dahin gebracht werden, entweder anständig zu werden oder den Betrieb zu verlassen. Die Belegschaft hat ein Recht, dies zu verlangen. Ungenügende Bezahlung hinzunehmen und noch verprügeln und beleidigen zu lassen, das darf sich die Belegschaft nicht bieten lassen. Wenn die Firma nicht selbst darauf achtet, ihren Ruf halbwegs zu wahren, dann muß sich die organisierte Arbeiterschaft Respekt verschaffen. Sie kann und wird das. Die alten Zustände dürfen auf keinen Fall wieder Platz greifen. Darauf muß die Arbeiterschaft besonders achten.

Die besondere christliche Anschauung.

Die „Keramarbeiter-Zeitung" wandte sich in einer ihrer letzten Nummern gegen unseren Weihnachtsartikel und stellte dabei die unwahre Behauptung auf, **sozialdemokratische** Liebe habe kurz vor Weihnachten 20 000 Arbeiter ins Elend gestürzt. Wir kennzeichneten diese niedrige Unterstellung mit den richtigen Worten. Gleichzeitig damit wiesen wir auch auf die winzigen Bemerkungen des bekannten, ehemals rothaarigen Gewerkschaftlers R. Sch. im „Tirschenreuther Volksboten" und in der „Waldsassener Grenzzeitung" hin, der von seiner „geistigen Höhe" nun gegen die „Ameise" kämpft. Als Ueberschrift wählt er „Ameisen-Schwindel", dann kommen die auserwählten Wortschätze aus dem christlichen Herzen des R. Sch., wie: Verlegenheitsprodukt, z. T. niedrigster Art, bewußte Beschwindelung, vorgelogen, als die „Ameise" lügt, Genossenmoral, Genossenmanier, gelogen und geschwindelt, frechste Verhöhnung, sich herumzudrücken usw. Diese Bezeichnungen des R. Sch. müssen bei den Lesern der „Keramarbeiter-Zeitung" doch Eindruck machen. Wenn nicht, dann ist alles vergebens. Wir sind davon bis ins Innerste bedeppert und bekennen, daß R. Sch. auf diesem Gebiete ein Meister ist, mit dem wir uns über christliche Moral, Gottesglauben und christliche Glaubenswahrheiten nicht unterhalten. Da der Mann das nicht gleich beim erstenmal begriffen hat, müssen wir ihm das hiermit sagen. Er braucht sich wahrlich nicht wundern, wenn anders Denkende von solchen Vertretern eines besonderen Christentums weit abrücken und nichts mit ihm gemein haben wollen.

Was der R. Sch. in diesem Zusammenhang von Forderungen aus agitatorischen Motiven sagt, werden wir der Leitung des Keramarbeiterverbandes bei Gelegenheit vorhalten; mit einem Mann, den man aus Reinlichkeitsgründen mit Handschuhen anfassen muß, möchten wir uns nicht darüber unterhalten. Damit sein Zahlengedächtnis nicht an Ueberheburung leidet, möchten wir ihm verraten, daß von den 20 000 Beschäftigten der feinkeramischen Industrie in Bayern 1429 christlich organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen sind. Der christliche Gewerkschaftler wird mit höheren Zahlen aus der Porzellan- und Steingutindustrie Bayerns — mit Ausnahme des Coburger Gebiets — nicht aufwarten können, dagegen nach seiner sattsam bekannten Manier ohne Beweis das Gegenteil behaupten. Er kann ja nicht aus seiner Haut.

Soziales.

Durchführung des Achtstundentaggesetzes in der Tschechoslowakei. Der Bericht der Gewerbeaufsichtsbeamten für 1922, den das Prager Sozialministerium soeben veröffentlichte, enthält auch Angaben über die Durchführung des Achtstundentaggesetzes.

Die Zahl der Arbeiter in 18 825 besuchten Betrieben betrug 666 650, darunter 432 454 männliche über 16 Jahre (64,9 Proz. der Gesamtzahl), 199 870 weibliche über 16 Jahre (29,9 Proz.), 22 981 Knaben von 14 bis 16 Jahren (3,4 Proz.) und 11 845 Mädchen im gleichen Alter (1,6 Proz.). Kinder unter 14 Jahren, die unter Mißachtung der gesetzlichen Bestimmungen beschäftigt wurden, konnten 198 festgestellt werden, darunter 72 Mädchen.

Die auf den Achtstundentag bezüglichen Bestimmungen wurden im allgemeinen in den Fabriken durchgeführt. Die ungünstige Lage des Außenhandels zwang sogar die Arbeitgeber wiederholt, weitere Kürzungen der Arbeitszeit vorzunehmen. Die Verteilung der Arbeitszeit ist nicht einheitlich. In einigen Fällen beginnt sie sehr früh, weil man das Tageslicht ausnützen will. Das hat auch wiederholt zur Verlängerung der Arbeitszeit geführt, besonders bei solchen Betrieben, für welche die Höchstarbeitszeit von 192 Stunden innerhalb vier Wochen zulässig ist. Die in bezug auf Schichtarbeiter und auf die un-

unterbrochene Ruhepause von 32 Stunden in kontinuierlichen Betrieben sich ergebenden Schwierigkeiten konnten noch nicht ganz bewältigt werden.

Das Achtstundentaggesetz bezieht sich auf das Handwerk sowohl wie auch auf die Fabrikbetriebe. Wenngleich im Jahre 1921 erhebliche Fortschritte festgestellt werden konnten, kamen doch noch zahlreiche Uebertretungen des Gesetzes vor, besonders im Bäckereigewerbe. Die auf Nachtarbeit bezüglichen Bestimmungen wurden in großen und mittleren Betrieben befolgt. Es kamen nur wenige Ueberschreitungen vor, die gewöhnlich durch dringende Arbeit bedingt waren. Die auf Pausen bezüglichen Vorschriften wurden in den meisten Betrieben befolgt, wenigstens dort, wo mehr als 18 Arbeiter beschäftigt werden. Die Bestimmung jedoch, welche für Arbeiter unter 18 Jahren eine Unterbrechung nach vierstündiger Arbeit vorschreibt, dürfte kaum jemals beachtet worden sein.

In der zweiten Hälfte des Jahres wurden Ueberstunden nicht nötig, besonders in der Metall-, Textil-, Zucker-Industrie und im Buchdruckgewerbe. Für Ueberstunden wurde doppelter Lohn bezahlt. Bei den nicht in Fabriken Beschäftigten war die Kontrolle der Ueberzeit sehr schwierig. Besonders in ländlichen Bezirken dürfte Ueberzeit in erheblichem Maße ohne behördliche Genehmigung gemacht worden sein. Ueberschreitungen der Bestimmungen betreffend Sonntagsruhe sind nur wenige zu verzeichnen, und diese Fälle kamen im Bäckerei-, Friseur- und Schlächtereigewerbe vor.

Vermischtes.

Die neuen Postgebühren. Nach den Regierungsvorschlägen sollen ab 1. März kosten in Mark: Ortspostkarte 20, Fernpostkarte 50, Ortsbrief 80, Fernbrief 100, Drucksachen bis 25 Gramm 20, 25 bis 50 Gramm 40, 50 bis 100 Gramm 60 usw., Ansichtskarten mit fünf Worten 20, Pakete, Nahzone, von 300 ab, Fernzone von 600 ab, je nach Gewicht, Postanweisungen bis 1000 Mk. 60 usw., Zahlkarten bis 1000 Mk. 20 usw., Telegramme, fern: Grundgebühr 100, jedes Wort 80. Fernsprechgebühr unverändert. Ortsgespräch 30. Ins Ausland: Karten 180, Briefe von 300 an, Drucksachen von 60 an. — Päckchen, die für die Kassierer draußen in Frage kommen, werden wahrscheinlich ebenfalls um 100 Proz. erhöht werden und ab 1. März demnach 200 Mk. kosten.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung. Das Drängen der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften hat dazu geführt, daß in den nächsten Tagen eine weitere Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung stattfinden wird. Rückwirkend vom 15. Januar an ist für Klasse A die Unterstützung eines Ledigen mit selbständigem Haushalt auf 600 Mk. täglich erhöht worden. Demgemäß erfahren auch die Zuschußunterstützungen für die Frauen und Kinder entsprechende Erhöhung. Der Vorstand des ADGB hat bei der diesbezüglichen Besprechung mit den Regierungsstellen keinen Zweifel darüber gelassen, daß diese Erhöhung nicht der eingetretenen Entwertung des Geldes Rechnung trägt, und daß weitere Erhöhungen unbedingt notwendig sind. Es ist daher eine weitere Erhöhung bereits mit dem 1. Februar in Kraft getreten.

Von der Keramindustrie.

Preiserhöhungen. Der Verband deutscher elektrotechnischer Porzellanfabriken setzte die Verkaufspreise für Niederspannungsmaterial aus Porzellan und Steatit auf 16 000 Proz. höher fest. Der letzte Prozentsatz betrug 10 800 Proz. — Die Vereinigten Hochspannungsisolatorenwerke haben ihren Zuschlag ab 6. Februar von 10 400 auf 15 600 Proz. festgesetzt. Die neuen Preise gelten bis 15. Februar. — Der Verband deutscher Porzellanfabriken erhöhte den Multiplikator ab 15. Februar auf 180. Das bedeutet eine Erhöhung um rund 125 Proz. Die Preiserhöhung gilt für Luxusporzellan und Geschirr.

Erhöhung des Grundkapitals. Die „Keramag", Keramische Werke, A.-G., in Meiningen erhöhte ihr Grundkapital von 20 auf 35 Millionen Mark. Die Uebernahme der jungen Aktien erfolgt durch die Bank für Thüringen in Meiningen (Strupp) für Rechnung eines Konsortiums. Den seitherigen Aktionären wurde ein Bezugsrecht 1 zu 1 zu 150 Proz. einschl. Dividende für 1922 eingeräumt. Die „Keramag"-Aktien standen am 5. Februar an der Berliner Börse auf 3500.

Aus unserem Beruf.

Dresden. „Kunstsachverständnis" recht besonderer Art scheint der Generaldirektor (mit dem Spitzbart) einer Firma der feinkeramischen Industrie, Sitz Dresden, zu haben. Kürzlich dekorierte ein tüchtiger Maler in Dresden eine Vase. Er legte sein ganzes Können in sein Schaffen und brachte eine Musterleistung fertig, zu der ihm auch wirkliche Künstler gratulierten, weil das Werk in seiner Gesamtwirkung trefflich gelungen war. Der Kollege war ganz erfreut darüber, diese Anerkennung zu bekommen. Als sie freimütig von Fachleuten ausgesprochen war, wurde auch der Generaldirektor herbeigebeten, das schöne Stück zu betrachten. Er kam, beschaute es und äußerte: „Man merkt es, daß der Mann alt wird." — Diese Begebenheit wird uns als wahr geschildert. Wir waren schon immer der Meinung, daß der Generaldirektor seinen Beruf verfehlt hat; durch sein abgegebenes „Kunstsachverständnis" hat er den treffenden Beweis dafür erbracht.

Elberfeld. Die Differenzen bei der Firma Schulze & Wehrmann, Emaillierwerk, sind beigelegt. Bei Arbeitsannahme wird gebeten, sich vorher bei der Zahlstellenverwaltung zu erkundigen.

Hirschau. Es wird uns berichtet: Unlängst kam ein arbeitsloser Schneider zum Betriebsleiter Rieger (Hirschauer Steingutfabriken, Werk 1) und fragte um Arbeit nach. Er erhielt darauf den Bescheid, daß ihm Nachricht gegeben werde. Anderen Tags wurde ihm mitgeteilt, Arbeit könne er nicht haben, da ein Kriegsbeschädigter den Vorzug gehabt hätte. Dem Fragenden kam nun der Verdacht, daß der Kriegsbeschädigte vielleicht infolge zugkräftiger Mittel den Vorzug bekommen habe. Er wollte nun erst recht eingestellt werden und kam auf den Einfall, zu versprechen: Wenn seine Einstellung vorgenommen werde, wolle er von seinen Eltern Butter, Eier und Milch besorgen. Das zog. Der Betriebsleiter ließ sofort den Obermaler kommen und fragte ihn, ob für den Schneider Arbeit vorhanden sei. Das wurde verneint. Dann war noch die Rede davon, daß eine Arbeiterin übrig sei. Der Schneider wollte jedoch dieses Opfer nicht. Nun kam der Oberbrenner. Er erklärte, noch Arbeitskräfte zu brauchen. Der Schneider wurde angenommen. Am anderen Tag, 7 Uhr morgens, trat er seine Beschäftigung an. Um 11 Uhr war aber auch schon die Frau des Betriebsleiters bei den Eltern des jungen Mannes, um das Versprochene zu holen. Doch erhielt sie nichts von der Butter, der Milch und den Eiern. Einige Stunden darauf wurde der Schneider wieder entlassen. Der Betriebsrat erhob mit Erfolg gegen die Entlassung Einspruch, worauf der Neueingestellte weiter beschäftigt wurde. Lange hielt er es nicht aus. Er wurde so traktiert, daß er gehen mußte, weil er die schwere Arbeit für zwei Mann nicht tun konnte. Der Betriebsleiter hatte es gut genug betont, daß der Schneider allein wieder gehen werde. Er behält recht. Vor solchen Vorgesetzten sollen auch die Beschäftigten Respekt haben. Was sagt die Firma Carstens zu solchen Praktiken?

Versammlungsberichte.

Freital-Potschappel. Unsere erste diesjährige Mitgliederversammlung am 30. Januar konnte sich einer regen Beteiligung erfreuen. Der Delegierte des Ortskartells gab seinen Bericht. Sachlich wie dieser war auch die Aussprache, wenngleich verschiedene politische Färbungen die einzelnen Ansichten auseinander hielten. Die Ruhrbesetzung und die Beschlüsse der Spitzenverbände gaben Anlaß dazu. Durch Beschluß sollen auf Antrag zur Unterstützung des Ruhrgebietes eventuell prozentuale Beiträge vom Lohn in Abzug gebracht werden, um die Sache einheitlicher zu gestalten. Ferner wurde beschlossen, **einen Stundenlohn an die Notgemeinschaft abzuführen.** Nach lebhafter Aussprache über den Beschluß des Hauptvorstandes und Beirates bezüglich des unternommenen Hausbaues in Berlin wurde gegen 6 Stimmen folgende Resolution angenommen: „Die anwesenden Kollegen und Kolleginnen einer am 30. Januar tagenden Mitgliederversammlung der Zahlstelle Freital-Potschappel halten den Beschluß des Hauptvorstandes, die zu einem Kampffonds bestimmten Gelder der Beiträge der Verbandsmitglieder in jetzigen Zeiten zu einem Hausbau zu verwenden, für bedenklich. Die Versammlung ist der Ansicht, daß die dazu benötigende Summe im Vergleich zu den zurzeit gewährten Unterstützungssätzen, kritisch betrachtet, zu Bedenken Anlaß gibt, und verlangt, daß die Unterstützungssätze den jetzigen Beiträgen und wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßt werden." Gleichzeitig beantragt die Zahlstelle Freital-Potschappel, der Hauptvorstand wolle umgehend beschließen, die jetzige Erwerbslosenunterstützung um das Doppelte zu erhöhen dergestalt, daß der Multiplikator 1½, 2 und 3 auf 3, 4 und 6, bei der Maßregelungs- und Streikunterstützung auf 25, bei der Sterbeunterstützung auf 30 erhöht wird. Auch die Umzugsgelder müssen wesentlich erhöht werden, um den jetzigen hohen Frachtsätzen einigermaßen zu genügen. — Begründung: Die jetzt bestehenden Unterstützungssätze waren schon bei ihrer Inkraftsetzung zu niedrig, um augenblicklich als ganz unhaltbar zu gelten. Nach Berechnung hat zurzeit ein Höchstverdiener eine Erwerbslosenunterstützung von wöchentlich 690 Mk., also nicht mehr als einen Wochenbeitrag. Alle uns bekannten Unterstützungssätze anderer Organisationen, z. B. der Metall- und Holzarbeiter, sind bedeutend höher. Wir weisen besonders auf die letzten Vorstandsbeschlüsse der Holzarbeiter hin. Nach Regelung verschiedener örtlicher Angelegenheiten wurde vom Vorsitzenden ganz besonders auf den Wert der Volkshochschule hingewiesen und die Mitglieder zur Unterstützung des Vereins und und zum Besuch der demnächst einsetzenden Kurse aufgefordert. Am Ende der anregenden Versammlung wurde noch vom Kassierer darauf hingewiesen, daß am 3. Februar d. J. unsere Zahlstelle auf ihr 30jähriges Bestehen zurückblicken kann, und der Verwaltung übertragen, zu beschließen, in irgendeiner, der Zeit entsprechenden Weise diesem Ereignis eine Feier zu geben. Möchte der in dieser Versammlung bewiesene rege Geist sich in den Kreisen der Mitglieder weiter entwickeln und die Versammlungen zum Austragsort alles dessen machen, was zur Erhaltung der Einheit notwendig ist.

Nicht jeder, der sich auf die Reise begibt, wird sein Ziel erreichen. Nicht jedes Streben wird gekrönt. Nicht jeder, der Wahrheit sucht, wird die Wahrheit erobern. Das Nichts-tun, Nicht-streben aber ist im Widerspruch mit der ganzen Natur. Nichts-tun, Sich-nicht-bewegen ist Vergewaltigung unseres Seins, das aus eigener Bewegung besteht. Es ist eine Verkennung unserer Berufung, die Kunst will zur Eroberung des Unbekannten. Nicht-streben nach Wahrheit ist die eigentliche, allein strafbare, allein verabscheuungswürdige Sittenlosigkeit.

Multatuli, eigentlich Ed. Douwes Dekker, geb. 1820 in Amsterdam, gest. 1887 in Niederingelheim bei Bingen.

Gräfenthal. Die Belegschaften der Betriebe des hiesigen Bezirks nahmen Stellung zu dem Ergebnis der letzten Lohnverhandlungen. Sie verurteilten entschieden den Standpunkt der Unternehmerkommission, es auf einen Schiedsspruch ankommen zu lassen, und beauftragen Vorstand und Verhandlungskommission, sich für die Zukunft keinem Schiedsspruch mehr zu unterwerfen. Weil der Schiedsspruch den wirtschaftlichen Verhältnissen nicht entspricht, wurde beschlossen, die von unserer Verhandlungskommission vertretenen Forderungen betrieblich zu stellen.

Großbreitenbach. In der am 5. Februar stattgefundenen Versammlung der Ortsgruppe Großbreitenbach, Zahlstelle Ilmenau, wurde als einziger Punkt der Tagesordnung das letzte Lohnabkommen vom 31. Januar behandelt. In der regen Diskussion wurde es einer scharfen Kritik unterzogen. Von allen Kollegen wurde die Unzulänglichkeit der festgesetzten Lohnsätze, besonders der Zeitlöhner und sonstigen Arbeiter, festgestellt. Letztere wissen nicht mehr, wie sie das Kunststück fertig bringen sollen, in dieser schweren Zeit mit den festgesetzten Lohnsätzen auszukommen. Wenn auch einige der Kollegen Leistungszuschläge erhalten, so sind diese doch so niedrig gehalten, daß es kaum der Rede wert ist. Vom Verbande muß darauf hingewirkt werden, daß die Zeitlohnarbeiter einen besseren Lohn bekommen, die Unternehmer verstehen sich nicht dazu. Schließlich wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen: „Die versammelte Porzellanarbeiterschaft von Großbreitenbach nimmt Kenntnis von dem neuen Lohnabkommen und erklärt es als gänzlich unzulänglich. Infolge der Geldentwertung und ganz rapiden Steigerung der Lebenshaltung muß sie darauf beharren, eine Nachzahlung in Höhe eines Wochenlohnes für die letzte Januarhälfte zu verlangen. Um so mehr, als das letzte Lohnabkommen den tatsächlichen Verhältnissen in keiner Weise entspricht. Die 80prozentige Lohnerhöhung muß unbedingt **150 Proz.** betragen. Es ist ein Ausschuß zu wählen, der bei den Unternehmern vorstellig wird, daß diesen Forderungen entsprochen wird. Ferner muß der große Unterschied in den Altersklassen, sowie zwischen Zeitlohnarbeitern und Akkordarbeitern geregelt werden. Die Versammelten sind gewillt, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für diese Forderungen einzutreten." Die darauf gewählten Ausschüsse sollen den Unternehmern diese Forderungen unterbreiten. Zum Schluß werden noch die Bemerkungen des Redakteurs unter einigen Versammlungsberichten kritisiert, da dadurch bald keine Versammlungsberichte mehr eingesandt werden würden, was doch sicher nicht in seiner Absicht liegt. (Direkte und indirekte persönliche Angriffe auf Hauptvorstandsmitglieder oder die Redaktion u. a. lasse ich nicht unwidersprochen. Trotz aller Gegensätze muß Sachlichkeit vorherrschen. Die persönlichen Anrempelungen wachsen sich als der größte Schaden für die Gesamtorganisation aus, deshalb müssen sie unterbunden werden. Dieses Recht nehme ich zum Wohle unseres Verbandes für mich in Anspruch, selbst wenn ich damit bei manchen anecken sollte. Der Redakteur.)

Hermsdorf i. Thür. In beiden Sälen des Gewerkschaftshauses nahm die Belegschaft der Porzellanfabrik-A.-G. Stellung zum neuen Lohnabkommen und zu anderen schwebenden Fragen. Der Betriebsratsvorsitzende erläuterte in längeren Ausführungen das Abkommen bis zum 11. Februar. Bemängelt wurde besonders, daß in den letzten Monaten in freier Vereinbarung fast kein Abkommen mehr zustande kommt und daß die Unternehmer sich immer mehr auf Schiedsgerichte verlassen. Dieser Zustand kann auf die Dauer nicht so weitergehen. **Die Kollegenschaft im Reiche muß dazu Stellung nehmen** und von den Unternehmern verlangen, daß sie ihre Verhandlungsdelegation anweisen, sich zu den Verhandlungen als Männer zu stellen. **Die Notwendigkeit der Umstellung der Lohnmethode** wird immer dringender. Die Kollegenschaft muß in jedem Betriebe fordern, daß mit diesen Notwendigkeiten endlich einmal angefangen wird. Sie muß mit aller Entschiedenheit weiter verlangen, **daß für die Zeit vom 15. bis 29. Januar ein 50prozentiger Lohnausgleich gezahlt wird,** denn in der Zeit Cunoscher Reichspolitik ist die deutsche Papiermark auf 0,00 gefallen. In der weiteren Debatte wurde von Zeitlohnarbeitern verlangt, daß die Unternehmer sie nicht vergessen sollen. Wohl gibt sich der Vorstand und die Verhandlungskommission alle erdenkliche Mühe den Zeitlohnarbeitern etwas auf die Beine zu helfen, aber alle Anstrengungen zerschellen an dem eisenstirnigen, engherzigen und verständnislosen Standpunkt kalt berechnender Unternehmer und ihren Söldlingen. Zum Schluß der Aussprache wurde einstimmig **beschlossen, für die zweite Januarhälfte 50 Proz. Nachforderung zu verlangen und gegen weitere Schiedsämter, welche Lohnabkommen tätigen, zu protestieren.** Wegen der Sammlung für die Ruhrhilfe wurde ausgeführt, daß die Leiden der Arbeiterschaft im besetzten Gebiet Gefühlsmäßigkeiten in dieser Frage nicht leiten dürfen, zumal Teile der Arbeiterklasse leicht zum Nationalismus neigen. Die bürgerliche Regierung Cuno hat in ihrer kurzen Tätigkeit Deutschland endlich an den Ruin gebracht. Diese Regierung und vor allen Dingen ihre Hintermänner können stolz sein, daß sie den Proleten den letzten Bissen vom Munde wegschlagen. Hätten die Macher dieser Politik noch etwas Gefühl, dann unterließen sie es, ihrer Handlungsweise noch die Krone durch eine heuchlerische Sammlung aufzusetzen. Die Proletarier haben kein Interesse an nationalistischen Werken, zumal nicht die genügende Kontrolle über die Gelder besteht. Mit einer Hasardpolitik der deutschen Bourgeoisie darf die Arbeiterklasse keine Gemeinschaft machen. **Die Versammelten haben nicht das geringste dagegen und werden es auch nicht verhindern, wenn die materiellen Nutznießer des Krieges und der Reparationen Hand- und Spanndienste für Frankreich leisten, nur soll man uns ausgemergelte und verhungernde Proletarier in Ruhe lassen,** sonst werden wir schließlich einmal durch die fortwährend an uns gestellten dreisten Anmaßungen gezwungen werden, **die Drohnen am deutschen Volkskörper anders als bisher zu behandeln.** In der Diskussion vertraten die Kollegen Frentzel und Martin diese Ansicht und die Versammlung beschloß einstimmig, die Ruhrhilfe abzulehnen. **Zur örtlichen Nothilfe** wurde nach längerer Diskussion beschlossen, erst dann noch einmal Stellung zu nehmen, wenn die Bürgerlichen in einer Gemeindeversammlung sich verpflichten, sich auch in entsprechender Weise daran zu beteiligen. Unsere Kollegenschaft sammelt schon alle 4 bis 6 Wochen 1 Proz. des Lohnes für unsere Betriebsinvaliden, und wir müssen nun endlich einmal fordern, daß sich das Bürgertum auf seine „christliche Nächstenliebe" besinnt und tief in den Beutel greift. Vor einiger Zeit hatten die Funktionäre der Zahlstelle zu der **sprunghaften Teuerung Stellung genommen** und eine Deputation in das Wirtschaftsministerium Weimar entsandt. Kollege Frentzel erstattete hierüber ausführlichen Bericht. Darauf gab der Kassierer den **Kassenbericht vom 4. Quartal.** Kollege Planer berichtete dann über eine **gemeinsame Sitzung der Verwaltung mit den Unterkassierern.** In der Sitzung wurde die Beitragsfrage behandelt und eine Norm geschaffen, so daß Schwierigkeiten vermieden werden. **Zur Frage des Lokalbeitrages** wurde Stellung genommen und beschlossen, ab Februar denselben zu ändern. Nach diesem Beschluß haben zu zahlen: **männliche Akkordarbeiter 30 Mk., weibliche Akkord- und männliche Zeitlohnarbeiter 20 Mk., Zeitlohnarbeiterinnen 10 Mk., Kehrfrauen und die zwei untersten Lehrlingsklassen sind von der Zahlung des Lokalbeitrages befreit.** Auf einen früheren Versammlungsbeschluß hinweisend, wurde bekanntgegeben, daß in der **ersten Februarhälfte die Baumarken kassiert** werden. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß laut Versammlungsbeschluß sich kein Mitglied ausschließen darf. Bei den Begräbnissen der Kollegen und Kolleginnen verweisen wir darauf, daß die Beteiligung manchmal zu wünschen übrig läßt. Es ist proletarische Ehrenpflicht, seinen Mitarbeitern den letzten Gang nicht zu verweigern. Wir hoffen, daß dieser Hinweis genügt. Zum Schluß wurde vom Kollegen Großmann auf **die politische Organisation** und **das Abonnement der Arbeiterpresse** hingewiesen. Die **Kollegenschaft hat sich politisch zu organisieren und die Arbeiterzeitung zu abonnieren.** Jeder Kollege muß Obacht geben, daß sein Nebenkollege proletarischen Anstand besitzt. Nach 2½stündiger Verhandlung konnte die gutbesuchte Versammlung geschlossen werden. Hoffentlich bleibt das Interesse der Kollegenschaft für alle Zeiten am Verbandsleben so stark, dann werden wir auch Krisenerscheinungen überwinden.

Kahla. Die gutbesuchte Zahlstellenversammlung vom 7. Februar beschäftigte sich eingehend mit dem letzten Lohnabkommen und fand nach längerer Aussprache folgende Entschließung einstimmige Annahme: „Das Lohnabkommen vom 8. Januar 1923 für die deutsche feinkeramische Industrie mußte als völlig unzureichend bezeichnet werden. Die Unternehmer lehnten es ab, Zugeständnisse zu machen, die annähernd als Ausgleich angesprochen werden konnten. Sie begründeten ihre Haltung mit dem Hinweis, daß die Preisbildung nach oben zum mindesten einen Stillstand erreicht habe. Die Tatsachen haben inzwischen die Haltlosigkeit dieser Begründung dargetan. Das Lohnabkommen mußte naturgemäß Unwillen und Erregung unter der Arbeiterschaft auslösen, die nur deshalb nicht voll zur Auswirkung kamen, weil die Arbeiter von dem nächsten Lohnabkommen einen Ausgleich erhofften; insbesondere trug sich die Arbeiterschaft allgemein mit der Hoffnung, daß eine Nachzahlung von 50 Proz. auf die Effektivlöhne vom 15. Januar bewilligt werden würde, um dadurch in die Lage versetzt werden zu können, die infolge der völligen Unzulänglichkeit des Lohnabkommens tatsächlich gemachten Schulden abtragen zu können, denn der in der Geltungsperiode des Abkommens vom 8. Januar erzielte Verdienst gestattete keineswegs die Befriedigung auch nur der bescheidensten Bedürfnisse. Die Hoffnungen auf einen annähernden Ausgleich beim nächsten Lohnabkommen haben sich inzwischen als trügerisch erwiesen. Die von den Vertretern der Arbeiterschaft zu den letzten Lohnverhandlungen gestellten Forderungen auf Gewährung von 50 Proz. Zuschlag auf die Effektivlöhne nach dem Stande vom 15. Januar 1923 als Ausgleich für bis dahin zu geringe Aufschläge und auf Gewährung von 150 Proz. Aufschlag auf die Effektivlöhne vom 29. Januar sind von den Unternehmern abgelehnt worden, obgleich seitens der obersten Reichsbehörde in Aufrufen die Unternehmer besonders auf die infolge der Vorgänge im Westen Deutschlands bis zur Unerträglichkeit gesteigerte Notlage der breiten Volksmasse hingewiesen und ersucht wurden, gegenüber berechtigten Forderungen der Arbeiter möglichst weitherzig zu sein und durch weitgehendstes Entgegenkommen nach Kräften die Notlage mit lindern zu helfen. Dieser Mahnruf ist bei den Unternehmern der deutschen feinkeramischen Industrie nicht nur nicht ungehört verhallt, sondern sie krönten ihr Verhalten, das diktiert ist von sozialer Verständnislosigkeit und Profitgier, noch besonders dadurch, daß sie die Erledigung des Lohnabkommens wieder einem Schiedsgericht übertrugen. Gegen solche Verständnislosigkeit für die Leiden und Nöte der Arbeiter bei ausgesprochenem Wohlstand auf der anderen Seite erhebt die Zahlstelle Kahla flammenden Protest. Sie nimmt die Forderung auf Gewährung einer Ausgleichssumme bei den demnächst stattfindenden Lohnverhandlungen wieder auf und setzt in die Arbeitervertreter bei den Verhandlungen das volle Vertrauen, daß sie mit aller Zähigkeit an dieser Forderung festhalten und auf deren Erfüllung hinwirken.

Gegen den Versuch der Unternehmer, die Lohnabkommen wieder durch Schiedsgerichte erledigen zu lassen, verwahrt sich die Zahlstelle Kahla mit aller nur wünschenswerten Entschiedenheit und bringt zum Ausdruck, daß sie sich unter keinen Umständen einem ferneren Schiedsspruch zu beugen gewillt ist, sondern örtlich kategorisch ihre Rechte fordern wird. Die Arbeiter leben nicht nur, um zu arbeiten, sondern sie arbeiten, um leben zu können. Und viele andere leben von dieser Arbeit mit." Bezüglich der Beitragsleistung wurden längere Ausführungen gegen den Versuch der Beitragsschinderei gemacht. Die Unterkassierer sollen noch besondere Anweisungen über einheitliches Erheben der Beiträge erhalten. Etwaige konsequente Beitragsschinder sollen in den Versammlungen genannt werden. Im weiteren wird auf die Bestimmungen des § 26 unseres Verbandsstatuts aufmerksam gemacht, und seien diese denen, die es angeht, noch besonders in Erinnerung gebracht: „Jedes Mit-

glied des Verbandes gehört in der Regel der Zahlstelle an, die für seinen Arbeitsort zuständig ist". Wir müssen auf die Beachtung dieser Vorschrift deshalb bringen, weil sonst überhaupt eine Drückebergerei einreißt. Eine Anzahl Kollegen von auswärts arbeiten in Kahla, die der Zahlstelle nicht angehören. Auch schon geringeres Beitragszahlen als in Kahla ist Drückebergerei, gar nicht zu reden davon, daß sich irgendwer von der Organisationspflicht überhaupt drücken kann.

Mähenborf. Die Versammlung der Zahlstelle vom 5. Februar erfreute sich eines überaus guten Besuches, galt es doch, Stellung zu nehmen gegen die schwere wirtschaftliche Lage, die auf die Arbeiterschaft sich geradezu erdrückend auswirkt. Nachdem die örtlichen Angelegenheiten ihre Erledigung gefunden hatten, war es der Punkt „Tarifliches", der allgemeine Entrüstung in die Versammlung brachte. Nach Bekanntgabe des neuen Lohnabkommens setzte auch gleich eine langanhaltende erregte Diskussion ein. Einmütig waren die Anwesenden überzeugt, daß sie auf Grund dieses so kläglich ausgefallenen Schiedsspruches der völligen Verelendung immer näher zusteuern. Um einigermaßen mit der eingetretenen Teuerung Schritt zu halten, beschließt die Versammlung einstimmig, an die Firma heranzutreten zwecks Bewilligung einer Beihilfe in Höhe eines Wochenlohnes, der in Form eines Vorschusses zur Auszahlung gelangen kann. Sodann fand folgende Resolution einstimmige Annahme: „Die am 5. Februar gutbesuchte Zahlstellenversammlung nimmt Kenntnis von dem letzten Lohnabkommen und drückt ihre Entrüstung über das provozierende Verhalten der Unternehmer-Unterhändler aus. Nach der Aufforderung von seiten der Regierung an die Unternehmer, bei Tarifabschlüssen den Teuerungsverhältnissen entsprechend Entgegenkommen zu zeigen, wirkt es geradezu herausfordernd, an dieser Minimalforderung ihre Pfennigfuchserei verspüren zu lassen. Den Herren am grünen Tisch muß es doch genau so bekannt sein, daß seit den letzten Wochen sämtliche zum Leben unbedingt notwendige Artikel um unbegrenzte Prozente gestiegen sind, und trotzdem dieses erbärmliche Angebot. Diesen Leuten ist doch die Feststellung des Existenzminimums vom Statistischen Reichsamt genau so bekannt wie uns. Wir fordern unseren Vorstand und die Tarifkommission auf, mit allem Nachdruck für eine **70prozentige Nachzahlung** für das jeweilige Abkommen einzutreten und legen ihnen ans Herz, künftighin ganz energisch mit dieser Bettelpfennigfuchserei Schluß zu machen, die Entlohnung in Goldwährung zu verlangen, da ja auch die Preise der Goldwährung angepaßt sind. Die Versammlung gelobt, dieser Forderung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zum Durchbruch zu verhelfen und fordert die Zahlstellen auf, sich diesem anzuschließen." — Sodann kam unser letzter Versammlungsbericht in der „Ameise" zur Sprache. Von einem Kollegen wurde die Anmerkung der Redaktion zu der Entnahme der Baumarken scharf kritisiert und für unberechtigt gehalten. Die Versammlung zollt ihm lebhaft bei und steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß über die Köpfe der Mitglieder diktatorisch hinweggegangen worden ist. Es wird als reine Ironie betrachtet, wenn von der Redaktion derartige Fuchsschwänze wie: „Nach Auffassung der Versammlung" entgegengehalten werden. Trotzdem unterwerfen sich die Kollegen der gewerkschaftlichen Disziplin und beschließen, im Hinweis auf die Stärkung der Organisation der Entnahme der Baumarken nachzukommen." (Die Redaktion ist mit ihrem Erfolg zufrieden und freut sich über den Beschluß.)

Rheinsberg. Die am 22. Januar 1923 stattgefundene Zahlstellenversammlung hatte eine reichhaltige Tagesordnung. Unter anderem nahm die Versammlung Stellung zum Lohnabkommen. Vor allen Dingen verurteilte sie, daß das Lohnabkommen am 31. Dezember nicht gekündigt wurde und ist in dieser Hinsicht der Meinung der Veltener Kollegen. Auch das neue Lohnabkommen kann die hiesigen Kollegen in keiner Weise befriedigen. Nach den rapide steigenden Lebensmittelpreisen ist es unbedingt notwendig, daß die Lohnabkommen höchstens acht Tage laufen. Bei diesem Punkte wurden auch die Randbemerkungen unseres neuen Redakteurs gerügt (siehe Versammlungsbericht Velten in Nr. 3 der „Ameise"). Die Versammlung protestiert ganz energisch dagegen und ist der Meinung, daß dieses wohl in Korthy-Bayern angebracht sei, aber vorläufig nicht in Preußen. Schließlich ist ja die „Ameise", unser Verbandsblatt, dazu da, die Meinungen der Zahlstellen zu bringen. Den Kassenbericht vom 4. Quartal 1922 erstattete Kollege Giesicke. Die Revisoren stellten fest, daß Kasse und Bücher in bester Ordnung gefunden wurden. Unter Verschiedenem bewilligte die Versammlung hier am Ort längere Zeit erkrankten Kollegen Gelder aus der Lokalkasse. Weiter wurde beschlossen, bei jedem Aufruf in der „Ameise" für kranke Mitglieder 500 Mk. zu zeichnen. Die Zahlstelle Rheinsberg hofft, daß sich diesem Antrag auch die übrigen Zahlstellen anschließen. Darauf entspann sich eine lebhafte Debatte betreffs der Baumarken. Sämtliche Redner sprachen sich dahingehend aus, daß sie sich mit den Ausführungen des Kollegen Kersten-Berlin („Ameise", Nr. 3) einverstanden erklären. Von einem Kollegen wurde der Vorschlag gemacht, wenn das Geld wirklich zinsbringend angelegt werden soll, dafür Aktienpapiere von unserer Branche zu kaufen, um so auch Einblick und Einfluß auf Geschäftsbücher und Geschäftsgebaren zu bekommen. Die hiesigen Kollegen sind nicht gewillt, diesen Bau, der ohne Befragen aller Mitglieder in Angriff genommen wurde, durch Entnahme von Baumarken zu unterstützen. Desgleichen wurde beschlossen, die vom ADGB herausgegebenen Anti-Kriegsmarken nicht zu kaufen, denn schließlich führen wir ja nicht nur einen Kampf gegen den französischen, sondern gegen den internationalen Kapitalismus. Unsere Gewerkschaftsführer sollen dahingehend wirken, daß die von Großkapitalisten eingebrockte Suppe auch von denselben bezahlt wird, und daß nicht die Leidtragenden die Proletarier sind. —

(Anmerkung des Redakteurs: Was ich für angebracht halte, tue ich ohne Rücksicht auf Landesgrenzen, weil ich für mich in Anspruch nehme, auch eine Meinung zu haben. Sie geht dahin, daß bei passenden Gelegenheiten auf einen groben Klotz ein grober Keil gehört. Es gibt auch Fälle bei denen sich das erübrigt, wie z. B. beim Rheinsberger Bericht. Er enthält soviel verwirrte Ansichten, daß er am besten ohne Randbemerkungen wirkt.)

Schmiedeberg. Gutbesuchte Versammlungen der Zahlstelle Schmiedeberg mit ihren Nebenorten Erdmannsdorf und Haselbach befaßten sich mit dem neuen Lohnabkommen, über welches Kollege Kretschmann berichtete. Wenn auch zugegeben werden mußte, daß die Arbeiter der feinkeramischen Industrie gegen andere Industrien in unserem Bezirk eine kleine Zulage für die Teuerung durch Anerkennung des letzten Schiedsspruches zugebilligt haben, so löst doch die augenblickliche Preissteigerung für Lebensmittel und Bedarfsartikel eine starke Beunruhigung in unserer Kollegenschaft aus. Die prozentuale Erhöhung der Löhne bedingt eine immer größere Kluft zwischen den Löhnen der Kollegen und Kolleginnen, sowie der Minderleistungsfähigen. Betreffs der letzteren soll, da es nur wenige Kollegen betrifft, durch örtliche Verhandlungen mit der Direktion möglichst für Abhilfe gesorgt werden. Für die Arbeiterinnen in unserer Industrie möchte die Verhandlungskommission einen Ausgleich des zu großen Abstandes in der Entlohnung bei der nächsten Lohnverhandlung mit den Arbeitgebern beantragen und für Abhilfe Sorge tragen. Der Kassenbericht wurde vom Kollegen Kretschmann erteilt, welcher nochmals darauf hinwies, daß der Wochenbeitrag unbedingt in Höhe eines Stundenlohnes gezahlt werden muß. Die Revisoren beantragten Entlastung, die erteilt wurde. Eine längere Debatte verursachte die Ruhrhilfe, für welche Kollege Kretschmann ein kurzes einleitendes Referat über die Ruhrbesetzung hielt. Die Versammlung stimmte der Abführung eines Stundenlohnes an die Adresse des ADGB zu und erwartet, daß die gesammelten Gelder nicht für nationale Zwecke zur Schürung eines neuen Völkermordens oder zur Bewaffnung von Roßbach- oder Hitlergarden verwendet werden. Nach Erledigung einiger örtlicher und betrieblicher Angelegenheiten, die ohne Interesse für die Allgemeinheit wären, ermahnte Kollege Kretschmann nach wie vor zum festen Zusammenhalt in der Organisation.

Adressenänderungen.

Mitterteich. Kassierer: Josef Schöttner, Wiesauerstr. 341.

Bekanntmachung.

Die Zahlstellenverwaltungen werden gebeten, etwaige Aenderungen bezüglich der Zahl und Adressen der Organempfänger (die in der Generalversammlung gewählten und schon gemeldeten Organempfänger brauchen nicht mehr eingeschickt werden) bis zum 10. März der Redaktion zu berichten. Spätere Meldungen können nicht mehr berücksichtigt werden. Die Neuerungen kommen ab 1. April in Frage. Bis dorthin werden die Zahlstellen und alten Organempfänger gebeten, in der alten Weise auszukommen. **Redaktion und Verlag.**

Schildermaler.

Berlin-Charlottenburg. Die Branche hat in ihrer Versammlung am 8. Februar den Vorschlag der Branchenleitung einstimmig angenommen, die Not der arbeitslosen Schildermaler durch Zeichnung von Extrabeiträgen zu lindern. Es sind zu diesem Zwecke abgestempelte Sammellisten ausgegeben worden. Betriebe, die keine Sammelliste erhalten haben, haben Gelegenheit, im Bureau zu zeichnen.

Ich erwarte, **unter Hinweis auf den einmütigen Beschluß** der Branche, daß schnellstens mindestens **ein Stundenlohn** abgegeben wird. Artur Brauer, Branchenleiter.

Sterbetafel.

Elmshorn. Franz Walter, Brenner, geboren am 1. Oktober 1883, gestorben am 4. Februar an Wassersucht. Mitglied seit 1921.

Hermsdorf. Alma Mönch, Porzellanarbeiterin, geboren am 22. August 1881 zu Saalfeld, gestorben am 31. Januar. Mitglied seit 1821.

Hohenberg a. d. Eger. Julius Sommer, Dreher, geboren am 26. Oktober 1864, gestorben am 6. Februar an Asthma. Mitglied seit 1918.

Laasdorf. Berthold Tänzer, Müller, geboren am 15. Dezember 1864 zu Naschhausen, gestorben am 5. Februar an Schlaganfall. Mitglied seit 1919.

Ohrdruf u. Umg. Theodor Popp, Brenner, geboren am 21. Mai 1859, gestorben am 21. Januar an Asthma. Mitglied seit 1894.

— Louis Karl, Maler, geboren am 28. Juli 1856, gestorben am 7. Februar an Grippe. Mitglied seit 1919.

Plaue. Ernst Klinghammer, geboren am 24. Oktober 1858 zu Plaue, gestorben am 6. Februar an Schlaganfall. Mitglied seit 1918.

— Elvier Stubenrauch, Brenner, geboren am 30. Oktober 1877 in Kleinbreitenbach, gestorben am 7. Februar an Lungenkrankheit. Mitglied seit 1918.

Rudolstadt. Laura Norbhaus, Arbeiterin, geboren am 8. Mai 1898 zu Harsitz, gestorben am 22. Januar an Lungenleiden. Mitglied seit 1922.

— Louis Unbehaun, Lagerist, geboren am 15. August 1839 zu Gräfenau, gestorben am 28. Januar an Wundfieber. Mitglied seit 1919.

— Bernhard Dietrich, Brennhausarbeiter, geboren am 16. September 1852 zu Unterpreilipp, gestorben am 2. Februar an Lungenentzündung. Mitglied seit 1919.

Schmiedeberg i. R. Wilhelm Schwarz, Tonschneider, geboren am 17. Januar 1872, gestorben am 30. Januar 1923 an Lungenkrebs. Mitglied seit 1918.

Schwarzenbach a. d. Saale. Lisette Becher, Druckerin, geboren am 10. November 1904 zu Hallerstein, gestorben am 27. Januar an Lungenentzündung. Mitglied seit 1919.

Selb. Lorenz Bommer, Dreher, geboren am 18. März 1874 zu Selb, gestorben am 14. Januar an Lungentuberkulose. Mitglied seit 1918.

Wittenberg. Wilhelm Schulze, geboren am 20. April 1856 zu Reinsdorf, gestorben am 1. Februar an Herzschlag. Mitglied seit 1919.

Ehre ihrem Andenken!

Arbeitsmarkt.

Ich suche zum möglichst sofortigen Antritt
ein n tüchtigen
Einrichter und Formengießer.
(20) **Porzellanfabrik Wilhelm Lange, Neuhaldensleben.**

Tüchtiger, in allen Brennhausarbeiten **erfahrener Brenner,** verheiratet, 38 Jahre alt, mit mehrjähriger Oberbrennerpraxis gegenwärtig als Oberbrenner in Stellung, wünscht sich als selbständiger Brenner oder Oberbrenner zu verändern. Angebote an die „Ameise" unter „23 N." erbeten.

Junger, lediger Modelleinrichter und -abgießer sucht sofort Stellung. Er ist mit allen in der Porzellanbranche vorkommenden Arbeiten vertraut, flottes und sauberes Arbeiten gewöhnt. Zuschriften erbeten unter „H. H. 12" a. d. Redakt. d. „Ameise".

Tüchtiger Formgießer
für Gebrauchsgeschirrartikel für sofort gesucht. (23)
Porzellanfabrik Herrmann Voigt, Schaala b. Rudolstadt, Thür.

Zum sofortigen Eintritt gesucht (22)
junger lediger Schleifer.
J. Edelstein & Co., Porzellanfabrik, Käps, Bayern.

Mehrere tüchtige ledige
Teller=Dreher
finden sofort dauernde Beschäftigung. (2..
Porzellanfabrik Zeh, Scherzer & Co., A.-G., Rehau i. Bayern.

Wir suchen einen praktisch und technisch erfahrenen, [illegible] und nüchternen
Brenner
für mittlere Rundöfen. Bewerbern, denen daran gelegen ist, sich emporzuarbeiten, kann bei zufriedenstellenden Leistungen die Brennmeisterstellung in Aussicht gestellt werden. Angebote mit Zeugnisabschriften an die
Niedersachsenwerke Aktiengesellschaft, Lamspringe (Hannover).

Geschäfts=Anzeigen.

Goldreste jeder Art
kauft (11)
Dr. Max Heim, chem.-metal. Laboratorium, Charlottenburg, Spandauer Str. 20
zu höchsten Kurspreisen bei sofortiger Kasse.

Emil Bähme, Goldscheideanstalt, **Eisenberg i. Th.**
(Gegründet 1891)
kauft sämtliche Goldabfälle, wie:
Glanzgold — Goldschmiere — Lappen — Pinsel — Paletten — Goldasche — Bruchgold — Bruchsilber
und zahlt stets die höchsten Tagespreise.
Aeltestes Geschäft dieser Art. — Streng reelle und pünktliche Bedienung. (1)
= Eigene Schmelzanlagen. =

Zahle die höchsten Preise für **Goldrückstände** jeder Art. **Goldasche** bis 1500 Mk. das Gramm und **Goldflaschen** 3—5 Mk. das Stück je nach Gehalt.
Martin Kaufmann
(2) **Zwickau i. S.,** Werdauerstr. 25.

Kaufe **Goldasche — Goldabfälle** jeder Art für Berufszwecke, zahle höchste Preise nach jeweiligem Kurs, je nach Gehalt. Reelle Bedienung. (14)
Paul Seifert, Reudnitz (Reuß).

Kaufe goldhaltige **Schmiere, Lappen, Asche, Flaschen, Pinsel** und **Malrückstände** zum Einschmelzen. **Höchste Tagespreise.** Auf Wunsch sofortiges Einschmelzen.
(13) **Erich Martin, Rudolstadt,** Neumarkt 10.

Gold, Platin und Silberabfälle aller Art
Gegr. 1896.
Gold-, Platina-, Silberpreis auf Anfrage

(7) **Seifert, Zwickau i. S.,** Osterweinstr. 32.

Nur das Gute bricht sich Bahn!
Empfehle all. Porzell.-, Glas- u. Hüttenarbeitern meine prima Segeltuch-Spangenschuhe u. Turnschuhe, sowie Pantoffel m. Segeltuchoberteil zu annehmb. Preis. Anfr. ohne Rückporto find. keine Berücksicht. Vers. nur per Nachn. Erstes Schuhwarenversandgeschäft a. hies. Platz. **Konrad Bügler, Zirndorf,** Klampferstr. 6.

Goldabfälle
Lappen, Asche, leere Flaschen
kauft jederzeit zu den höchsten Tagespreisen (16)
Wenzl Peter, Selb, Bayern, Gartenstr. 35 (Jugendheim).

Kaufe Goldabfälle
aller Art zu höchsten Preisen. Für leere Goldflaschen zahle ich je nach Gehalt bis 8,— Mk. für das Stück. Portoauslagen werden vergütet. (9)
A. Langhammer, Wilkau b. Zwickau (Sachsen).

Offer. zu Tagespr. f. Dreher **Zymocca,** d. St. v. 0,40—1,50 engl. Schill. (früh. Goldm.), klein. **Levantiner,** das Kilo zu 40, größ. zu 60 Schill., große glatte **Philippiner Elephantenohren,** das Kilo zu 6½ Doll., klein. **Levantiner Elephantenohren,** das Kilo zu 200, größ. prima zu 240 franz. Francs, prima weiche faustgr. feine **Reef-Formschwämme,** das Kilo 7 Doll., billigere feste feine mitte gr. **Hardh-ab-Glasur- u. Garnierungsschwämme,** sowie große **Hardh abschwämme** für große Gefäße zu 3½ Doll., alles umger. in deutsche Reichsmark, z. amtl. Berl. Briefbörsenkurs am Lieferungstage. Versand in kleineren und größeren Posten. **H. Michelsohn,** Schwammgroßh., **Berlin C. 25,** Prenzlauerstr. 42.

—:: Gold — Lappen — Abfälle ::—
zahle allerhöchste Tagespreise. Goldasche à Gramm 5500 **Mark und mehr,** je nach Prozentgehalt. — **Eigene Schmelzanlage.** — Sofort Kasse. —
(10) **Andreas Geyer, Selb (Oberfr.),** Goldarbeiter.

Goldschmiere, Goldlappen, Goldflaschen
sowie alle **Goldabfälle** und **Silberschlamm**
kauft ständig zu höchsten Tagespreisen (3
Kurt Rottmann
Stadtilm (Thüringen), Bahnhofstr. 1.

Goldhaltige Lappen :: Asche :: Schmiere :: Pinsel :: Paletten Näpfe :: leere Goldflaschen :: Silberabfälle :: Silberschlamm Bruchgold und -Silber :: (für leere Glanzgoldflaschen zahle mindestens 3 Mk. p. Stück u. für leere Poliergoldflaschen mindestens 10 Mk. p. Stück). Da die in diesem Blatte inserierten Goldaschenpreise sich längst durch den hohen Dollarstand überholt haben, biete ich ihnen bei Sendungen an mich viel höhere Preise. Spesen, als Porto u. Scheidekosten, trage ich u. sichere schnellste u. reelle Bedienung zu. (4
Scheideanstalt Max Haupt, Dresden-A., Bönischplatz 17.

Goldschmiere — goldhaltige Lappen — Asche Flaschen und Pinsel (6
kauft ständig bei reeller Bedienung zu höchsten Tagespreisen
Oskar Rottmann, Stadtilm in Thüringen.

Goldflaschen :: Lappen :: Schmiere
sowie ausgebranntes Gold kauft zu den höchsten Preisen
(5) **Emil Theimer, Langewiesen b. Ilm., Thür.**

Goldhaltige Schmiere :: Lappen :: Asche :: Pinsel :: Flaschen
—= Malrückstände =—
usw. zum Einschmelzen kauft (6
M. Köhler, Dresden-A., Gerichtstr. 8, II.
= Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse. =

Telephonnummer: Berlin Amt „Wilhelm" 4952.
Postscheckkonto: 9308 Berlin, Wilh. Herden, Charlottenburg.

Herausgegeben vom Verband der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen.
Red.: Edwin Nenninger, Charlottenburg, Rosinenstr. 4
Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosinenstr. 4
Druck: C. Janiszewski, Berlin SO., Elisabethufer 28/3